

Die schweizerische Europapolitik ist orientierungslos geworden

### **Strategische Optionen rehabilitieren**

Die Schweiz hat ihre europapolitische Orientierung verloren. Der Aussenpolitik sind im Umgang mit der EU die strategischen Optionen abhanden gekommen. Das lähmt und wirkt hilflos. Regierung, Parlament und Bevölkerung sind gut beraten, wenn sie sich von ihrer Fixierung auf den bilateralen Weg lösen und sich wieder angewöhnen, in Varianten zu denken. Der Weg sollte nicht mit dem Ziel verwechselt werden.

Hans-Jürg Fehr

Der bilaterale Weg war der Ausweg aus der europapolitischen Sackgasse, in die die Schweiz nach dem überaus knappen Nein zum EWR 1991 geraten war. Er entwickelte sich zum Erfolgspfad. In den ersten 15 Jahren wenigstens. Danach bekam der „Königsweg“ zunehmend Schlaglöcher und wurde derart mit Hindernissen möbliert, dass er derzeit nicht mehr begehbar ist. Der Ausweg aus der Sackgasse endete in der Sackgasse.

Natürlich war es ein grober Fehler des Bundesrates, die Verhandlungen mit der EU abzubrechen. So etwas tut man einfach nicht unter „best friends“. Schon gar nicht, wenn man gar keine Alternative zur Verfügung hat. Wer - wie inzwischen fast alle in der Schweiz - die Beziehungen zur EU weiterhin in Form von bilateralen Verträgen gestalten will, kommt gar nicht um ein Rahmenabkommen herum, das die zwei zentralen offenen Fragen beantwortet: Wie werden die bestehenden Verträge aktualisiert und wie wird auf rechtstaatlich saubere Art und Weise über Streitfälle entschieden? Ohne Antworten auf diese Fragen wird das bestehend Vertragswerk fortlaufend entwertet. Die der Schweiz daraus erwachsenden Nachteile sind bereits in verschiedenen Bereichen deutlich spürbar. Es wird auch keine Ausweitung auf neue Bereiche mehr geben, obwohl sich die Schweiz das wünscht. Vielleicht wird es überhaupt keine neuen bilateralen Verträge mehr geben, weil die EU keine mehr will. Sie hat diese Form von Beziehung nie sonderlich geliebt und wird sie nach der Desavouierung durch die Erfinderin garantiert noch weniger mögen. Aber selbst wenn das nicht die wahrscheinliche Position der EU ist, so ist es doch eine mögliche. Und eine strategisch angelegte Aussenpolitik darf sich nicht nur mit dem Wahrscheinlichen befassen, sondern muss auch das Mögliche mitbedenken. Was würde das bedeuten?

### **Wir waren schon mal weiter**

Die vom Bundesrat herbeigeführte Verhandlungspause sollte nicht auch eine Denkpause sein, sondern im Gegenteil genutzt werden, um den strategischen Fächer wieder aufzumachen. Die Alternativen zum Bilateralismus sehen wir im Rückspiegel. Alle drei waren früher schon einmal im Spiel: Beitritt zur EU, Beitritt zum EWR und Exit. Exit hiesse Aufkündigung der bilateralen Verträge und Rückkehr zum Freihandelsabkommen als einziger vertraglicher Beziehung. Die Exitstrategie wird derzeit von jenen reichen Vertretern des Finanzplatzes lautstark gefordert, denen jede internationale Regulierung ein Gräuel ist.

Den Beitritt zum EWR hat das Schweizer Stimmvolk vor 30 Jahren zwar abgelehnt, aber damit ist er natürlich nicht für immer und ewig vom Tisch. In der Schweiz ist schon manches an der Urne gescheitert, das später mehrheitsfähig wurde (AHV, Frauenstimmrecht, Mutterschaftsversicherung, UNO-Beitritt u.a.m).

Der Beitritt zur EU stand vor 20 Jahren noch als Ziel in den Programmen von drei der vier Bundesratsparteien. Er war eine strategische Option des Bundesrates. Bei der EU-Kommission in Brüssel lag das Beitritts-gesuch unserer Landesregierung. Damals wussten die massgebenden politischen Kräfte, warum sie für den Beitritt waren, heute wissen sie nicht einmal mehr, warum sie

dagegen sind. Sie sind dagegen, weil er ihnen als nicht mehrheitsfähig erscheint. Das ist Windfahnenpolitik. Opportunismus schliesst aber strategisches Denken aus. Auf diesem Punkt steht die Schweiz heute. Sie muss ihn dringend verlassen. Was nützt, ist die inhaltliche Rehabilitierung der strategischen Varianten. Sie müssen wie der Bilateralismus auf den Prüfstand: Was wären die Vorteile, was die Nachteile? Das kann, nein das muss Sektor für Sektor aufgelistet, bilanziert und einander gegenübergestellt werden. Nur so können wir herausfinden, was für die Schweiz der beste Weg ist.

### **Souveränität: Nur verlieren oder auch gewinnen?**

Um es am Beispiel des Aspekts „Souveränität“ darzulegen, der gegenwärtig stark im Zentrum der europapolitischen Diskussionen steht. Souveränität verstanden als nationale Selbstbestimmung. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung ist auch der bilaterale Weg verbunden mit Souveränitätsverlusten: Vertrag für Vertrag übernahm die Schweiz europäisches Recht, zu dessen Zustandekommen sie nichts beigetragen hatte. Dem sagt man Fremdbestimmung. Oder mit den Worten eines früheren EU-Botschafters in der Schweiz: „If you are not sitting at the table you are on the menu“. (Wenn Sie nicht am Tisch sitzen, stehen Sie auf der Speisekarte). Angesichts der Fülle des bisher von der Schweiz übernommenen europäischen Rechts, geht diese Fremdbestimmung viel weiter als viele wahrhaben wollen.

Das würde erst recht für den Beitritt zum EWR gelten. Das Mitgliedsland Norwegen hat die Bilanz schon öfters aufgemacht. Sie lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Wirtschaftlich ein Erfolg, demokratiepolitisch eine Katastrophe. Dies, weil EWR-Mitglieder eben auch nicht am Tisch sitzen, wenn die Entscheidungen getroffen werden. Sie sind aber verpflichtet sie automatisch in ihr Landesrecht zu übernehmen.

Auch der Beitritt zur EU wäre mit erheblichen Souveränitätsverlusten verbunden, aber ihnen stünde - im Gegensatz zum EWR und zum Bilateralismus - der markante Souveränitätsgewinn der Vollmitgliedschaft gegenüber. Wer das geringschätzt oder kleinredet muss auch die Mitbestimmung der Kantone innerhalb des schweizerischen Bundesstaates geringschätzen. Wobei den Mitgliedsländern der EU wegen dem für wichtige Entscheide verlangten Einstimmigkeitsprinzip sogar noch mehr Einfluss zusteht als unseren Kantonen.

Selbst die Exit-Strategie, die ja alle wirtschaftlichen Vorteile von Bilateralismus, EWR-Zugehörigkeit oder EU-Beitritt opfert, um möglichst wenig an nationaler Selbstbestimmung einzubüssen, ist mit Souveränitätsverlusten verbunden, wenn auch nicht in Richtung Brüssel. Die Schweiz hat das Bankgeheimnis aufgegeben, weil man sie dazu zwang. Man war in diesem Fall die OECD, nicht die EU. Es ist die OECD, die die Schweiz demnächst zwingen wird, einen Mindeststeuersatz für internationale Konzerne zu übernehmen. Die Regeln, die die öffentliche Hand in der Schweiz befolgen muss, wenn sie Aufträge grösseren Ausmasses ausschreibt, stammen nicht von den eidgenössischen Räten, sondern von der Welthandelsorganisation WTO.

Kein Land ist von A bis Z national selbstbestimmt. Schon gar nicht eines, das wirtschaftlich derart globalisiert ist wie die Schweiz. Souveränitätsverluste sind der politische Preis der Globalisierung. Es fragt sich nur, ob man Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung ersetzen will oder durch Mitbestimmung. Die Antwort liegt auf der Hand.